



Opposition und Widerstand in der DDR – Überblick

„Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Neues Deutschland (Zentralorgan der SED), 17. Mai 1957:

„Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. [...] Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

[...] In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmachtet. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. [...] Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. [...] Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife [Ausleihgebühren für Maschinen und Traktoren], gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.“

In jeder Phase der SBZ/DDR hat es in der Bevölkerung auch immer eine Vielzahl von Menschen gegeben, die mit den politischen Verhältnissen oder einfach mit den alltäglichen Lebensbedingungen nicht zufrieden waren. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich und veränderten sich im Laufe der Zeit im Takt mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber nur wenige äußerten ihre Unzufriedenheit öffentlich und leisteten aktiv Widerstand gegen die Staatsführung. Die Mehrheit verhielt sich still – meist aus Angst vor Verfolgungen durch die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS.

Die 1940er- und 1950er-Jahre



In der Innenstadt von Görlitz demonstrieren am 17. Juni 1953 über 40.000 Menschen. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BSTU-Kopie)

In den 1940er- und 1950er-Jahren richtete sich der Widerstand in der SBZ/DDR vor allem gegen die Errichtung und den Ausbau einer kommunistischen Diktatur und die Spaltung Deutschlands. Nach den Erfahrungen der NS-Diktatur wollten sich viele Menschen um keinen Preis erneut einer Diktatur ausliefern.

Die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS gingen in den 1940er- und 1950er-Jahren besonders hart und brutal gegen Oppositionelle vor, vergleichsweise geringe Vergehen wurden mit hohen Gefängnisstrafen geahndet.¹

¹ So wurden zum Beispiel Schüler/innen der Potsdamer Einstein-Oberschule mehrere Jahre lang in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert, weil sie sich am 1. Mai 1946 statt der politisch korrekten roten Nelken weiße Nelken angesteckt hatten. Noch schlimmer erging es 1950 dem 18-jährigen Hermann Joseph Flade. Nachdem er mit selbst geschriebenen Flugblättern gegen die undemokratische Volkammerwahl protestiert hatte, wurde er zum Tode verurteilt. Aufgrund von heftigen Protesten in West-Berlin und der Bundesrepublik (BRD) wurde die Todesstrafe in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. In Erfurt wurde 1957 ein Arbeiter zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den 17. Juni 1953 als Arbeiteraufstand bezeichnet, den Aufstand in Ungarn 1956 begrüßt und politische Witze über Walter Ulbricht erzählt hatte.



Ein erster sichtbarer Höhepunkt des Widerstands gegen das SED-Regime war der **Volksaufstand am 17. Juni 1953**. Arbeiter/innen forderten in Demonstrationen die Rücknahme von Normerhöhungen (mehr Arbeit für das gleiche Geld), aber auch freie Wahlen, den Abzug der Besatzungsmacht, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Ablösung der Regierung. Viele Menschen schlossen sich an, die Protestaktionen griffen in den nächsten Tagen auf das ganze Land über. Mit Unterstützung der Volkspolizei schlugen sowjetische Besatzungstruppen den Aufstand nieder. Es gab Verhaftungen, viele Verletzte und mehr als 50 Tote.²

Zu einem ernsten wirtschaftlichen Problem für die DDR wurde die Abwanderung von DDR-Bürger/innen, da besonders junge Menschen und qualifizierte Arbeitskräfte das Land verließen.

1961 entschloss sich die SED-Führung, die Grenze nach West-Berlin durch den **Bau der Berliner Mauer** zu schließen.

Zwischen 1949 und dem Bau der Mauer waren bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 17 Millionen knapp 2,7 Millionen Menschen aus der DDR nach Westdeutschland geflohen, das waren 15% der Bevölkerung.

Die 1960er- und 1970er-Jahre



Einheiten der Warschauer Vertragsstaaten rücken mit schwerer Kampftechnik in Prag ein. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BSTU-Kopie)

Nach dem Bau der Mauer ebte der antikommunistische Widerstand in der DDR ab. Zwar waren viele über den Bau der Mauer zutiefst empört, öffentliche Proteste gab es jedoch nur wenige. Der Schock nach den Ereignissen im Juni 1953 und der anschließenden Verfolgungswelle saß noch zu tief.

Die Reformversuche in der Tschechoslowakei (↗ ČSSR) **1968** hatten die Menschen in der DDR hoffen lassen, dass auch in ihrem Land Veränderungen möglich wären. Aber die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ (durch den Einmarsch von Truppen des ↗ Warschauer Paktes) hatte ihnen deutlich gemacht, dass dies nicht der Fall war.

Zu den wenigen Tausend Menschen, die sich während

der **1960er- und 1970er-Jahre** in der DDR oppositionell betätigten, zählten vor allem Intellektuelle und Angehörige der Evangelischen Kirche.

Die **Intellektuellen**, zu deren bekanntesten Vertretern der Chemiker Robert Havemann, der Philosoph Rudolf Bahro und der Liedermacher Wolf Biermann gehörten, kritisierten die SED-Führung von einem marxistischen Standpunkt aus. Weiterhin von der sozialistischen Idee überzeugt, entwickelten sie **Vorschläge, wie der Sozialismus in der DDR verbessert werden könnte**. Ein zentraler Punkt war immer die Demokratisierung des Staates.



Robert Havemann und Wolf Biermann Mitte der 1970er-Jahre. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

² In Ausnahme-, Belagerungs- oder Kriegszuständen kann, je nach Verfassung, das Standrecht in Kraft treten. Es erlaubt, in einem abgekürzten gerichtlichen Verfahren durch Standgerichte zu entscheiden und eine dabei verhängte Todesstrafe umgehend zu vollstrecken. In der DDR erklärte die sowjetische Besatzungsmacht am Nachmittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand und das Standrecht. In den nächsten Tagen wurden von sowjetischen Truppen zahlreiche standrechtliche Todesurteile vollstreckt. Der Ausnahmezustand wurde erst Anfang Juli wieder aufgehoben.



Allerdings erreichten diese Vorschläge nur wenige Menschen in der DDR, weil die Texte und Lieder dieser Leute verboten wurden.

Nach und nach entwickelte sich die **Evangelische Kirche** zu einem **Sammelbecken der Opposition**. Den kirchlichen Widerstandskräften ging es vor allem darum, die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirchen gegen den totalen Machtanspruch der SED zu behaupten. Ein besonders schockierendes Zeichen (für die Menschen in Ost wie West) gegen die Diktatur setzte der Pfarrer Oskar Brüsewitz, als er sich 1976 öffentlich selbst verbrannte.

Ab **Mitte der 1970er-Jahre** wuchs die Zahl der Menschen, die sich gegen das SED-Regime auflehnten. Verschiedene innen- und außenpolitische Ereignisse hatten ihre Unzufriedenheit verstärkt.³

Es entwickelten sich zwei Richtungen von Kritikerinnen und Kritikern, die „**Hierbleiber**“ und die „**Ausreiser**“. Die „Ausreiser“ sahen für sich keine Perspektive mehr in der DDR und stellten Ausreisearträge, um so schnell wie möglich nach Westdeutschland übersiedeln zu dürfen. Die „Hierbleiber“ versuchten die DDR von innen zu verändern und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Innerhalb der Evangelischen Kirche, aber auch unabhängig davon, entstanden Friedenskreise, die sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und das weltweite Wettrüsten einsetzten und einen zivilen Wehersatzdienst (↗ SoFD) forderten.



Der in der Ost-Berliner Oppositionsszene engagierte Schriftsteller Rüdiger Rosenthal im Juli 1987 vor dem „Tränenpalast“ am Grenzübergang Friedrichstraße.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die 1980er-Jahre



Stoffaufnäher mit dem Symbol der Friedensbewegung, hergestellt 1985/86 in Berlin. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die größte dieser **Friedensinitiativen** und die größte oppositionelle Massenbewegung seit dem Juni 1953 überhaupt war 1980/82 die Protestbewegung ↗ Schwerter zu Pflugscharen mit ungefähr 100.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten. Äußere Kennzeichen der Bewegung waren Aufnäher an der Kleidung, auf denen ein Mann ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet.⁴ Das Tragen dieser Aufnäher war verboten und wurde zeitweilig scharf verfolgt.

Anfangs waren die Gruppen noch auf wenige Großstädte und Regionen begrenzt, erst am **Ende der 1980er-Jahre** fanden sie eine **größere Zahl von Anhängern in vielen Teilen des Landes**.

Bei aller Unterschiedlichkeit waren sich die Gruppen **in einem Punkt einig: Das Machtmonopol der SED musste beseitigt werden**. Dabei wollten die meisten Gruppen die DDR als Staat erhalten, allerdings in stark veränderter, demokratischer Form.⁵

³ Dazu zählen die ↗KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' 1976, die Gründung der Bürgerrechtsbewegung ↗„Charta 77“ in der Tschechoslowakei, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979, die Entwicklungen in Polen und der Reformkurs in der Sowjetunion in den 1980er-Jahren.

⁴ Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ lehnt sich an ein Bibelzitat an (Micha 4,3): „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Darstellung des Schmiedes auf dem Aufnäher orientierte sich ironischerweise an einem Denkmal, das die Sowjetunion 1957 der ↗UNO geschenkt hatte.

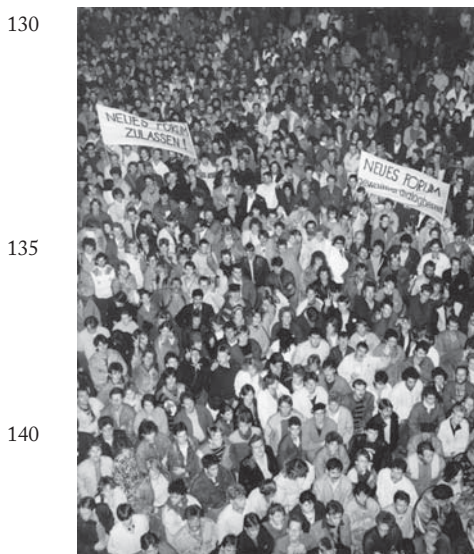
⁵ Dazu gehören z. B. die Gewaltenteilung, dabei besonders die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die Rechtssicherheit und die Garantie der Grundrechte.



115 Nicht die Bevölkerung der DDR insgesamt, sehr wohl aber das **Mfs** nahm die Gruppen wahr, und zwar als Bedrohung. Die Gruppen wurden beobachtet, zum Teil wurden inoffizielle Mitarbeiter/innen eingeschleust, die über Mitglieder und Aktivitäten berichteten, zum Teil wurden Gruppen auch komplett zerschlagen. Mitglieder der Gruppen wurden bespitzelt und schikaniert, viele wurden zeitweise verhaftet und einige sogar aus der DDR ausgewiesen, wie Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Lotte Templin, Freya Klier und Stephan Krawczyk.⁶

120 **Ab Mitte der 1980er-Jahre** entstanden Netzwerke und **neue überregionale politische Organisationen**, die sich zum Teil als **Bürgerbewegungen**, wie z. B. Demokratie Jetzt (↗DJ) und Neues Forum (↗NF), und zum Teil als **Parteien** verstanden, wie z. B. der Demokratischer Aufbruch (↗DA) oder die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und die ↗Grüne Partei der DDR.

125 Diesen Organisationen schlossen sich in kurzer Zeit Tausende Menschen an. Mittlerweile waren sie durch die Westmedien, die jetzt regelmäßig über sie berichteten, in Ost und West bekannt geworden. Ausschlaggebend für den Beitritt und die Sympathie vieler Menschen mit den Organisationen waren die aktuellen politischen Ereignisse, so z. B. die Reformversuche Michail Gorbatschows in der Sowjetunion (↗SU), die Wahlfälschung im Mai 1989 in der DDR und die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung.



135
140
145 Demonstration in Rostock am 29. Oktober 1989.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

1989/90 – Friedliche Revolution

Im **Sommer 1989** verschärfte sich die **innenpolitische Krise in der DDR** erheblich, einerseits durch die stetig wachsende Zahl von Menschen, die die DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei verließen, und andererseits, weil die SED-Führung weiterhin an ihrem starren Kurs festhielt.

Am 4. September 1989, einem Montag, gingen in Leipzig erstmals mehrere Hundert Frauen und Männer auf die Straße, um gegen die Politik der SED und für demokratische Reformen zu demonstrieren. Dies war der Auftakt der **Friedlichen Revolution**. In den folgenden Wochen versammelten sich in Leipzig immer mehr Menschen zu **Montagsdemonstrationen** und auch in vielen anderen Städten der DDR kam es zu Demonstrationen mit Tausenden Beteiligten. Sogar unzufriedene Mitglieder der SED demonstrierten mit. Anfangs reagierte die SED-Führung



Am 10. November 1989 feiern die Menschen aus Ost und West an der Berliner Mauer. Foto: Birgit Wenzel

auf diesen Druck noch mit Polizeiterror und Verhaftungen. Als am 9. Oktober in Leipzig über 70.000 Menschen auf die Straße gingen, musste die Parteiführung einsehen, dass sie gegen diese Menschenmassen nicht mehr mit Gewalt vorgehen konnte. Sie ließ ihre bereits in Stellung gebrachten Truppen wieder abziehen. Nach weiteren Wochen mit Demonstrationen **fiel am 9. November die Berliner Mauer**. Danach

⁶ Kurze Biografien der genannten Personen sind zu finden auf http://www.chronikderwende.de/_lexikon/biografien/index_jsp.html.



155 überstürzten sich die Ereignisse. Die Bürgerbewegung und Vertreter/innen der Kirche verlangten Verhandlungen mit der Regierung über die demokratische Umgestaltung der DDR. Auf ihren Druck hin entstanden im Dezember 1989 in allen Bezirken die sogenannten ↗ **Runden Tische**, an denen sich die DDR-Führung endlich mit der Opposition und der Kirche auseinandersetzen musste.

160 In den folgenden Wochen wurden am Zentralen Runden Tisch in Berlin freie ↗ Volkskammerwahlen, die Auflösung des MfS und weitere Änderungen vereinbart, die zum Teil auch umgesetzt wurden. So erfolgte **im Januar 1990 die Auflösung des MfS und im März 1990 die Durchführung der ersten und letzten freien und demokratischen Volkskammerwahlen**. Nach den Wahlen verloren die Runden Tische ihre Bedeutung.

165 Im Juli 1990 wurde die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt, und am **3. Oktober 1990 endete die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik** mit deren Beitritt zur Bundesrepublik (↗ BRD).

170 Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR endete schon mit der Volkskammerwahl im März 1990. Denn mit der **Demokratisierung des Landes war das wichtigste Anliegen aller Widerstandskräfte seit 1945** erreicht worden. So unterschiedlich ihre sonstigen Ziele und Methoden auch gewesen sein mögen, die Forderung nach demokratischen Wahlen war für alle zentral gewesen.

Anregungen:

1. Der Text ist in eine Einleitung und in verschiedene Zeitabschnitte gegliedert. Einzelne Lernende können einen oder mehrere Abschnitte übernehmen und darüber ein kurzes **Referat** vorbereiten, um die gesamte Gruppe zu informieren. Hilfreich hierfür wäre es, die Zwischenüberschriften und ein paar Schlagwörter für die Zuhörenden zu visualisieren.
2. Plenumsdiskussion zum Verhältnis zwischen Eingangszitat, den Informationen des Textes und eigenen Gedanken.